

Patchwork auf der Linken

Die französischen Sozialisten sind ohne klare Linie für 2007

Alfred Frisch*

» **Kein sozialistischer Präsidentschaftskandidat kann auf die Stimmen der Kommunisten und Trotzlisten verzichten und muss deshalb neben den Interessen der wahlentscheidenden politischen Mitte auch die der extremen Linken ansprechen.**

Die französische Linke zeigt sich zersplitterter denn je. Das politische Kräftefeld war noch leicht überschaubar, als François Mitterrand vor rund drei Jahrzehnten mit den damals noch verhältnismäßig starken Kommunisten eine Linksunion zur Eroberung der Macht bildete und sich dank dieses – international mit großem Misstrauen aufgenommenen – Paktes 1981 die Wahl zum Staatspräsidenten sicherte. Lionel Jospin musste 1987 für die benötigte „plurale Mehrheit“ zusätzlich auf die Grünen Rücksicht nehmen, nicht zuletzt, um den deutlichen Kräfteverlust der kommunistischen Partei zu kompensieren. Und inzwischen gleicht die linke Parteienlandschaft einem Patchwork.

Die entscheidende Veränderung ergibt sich aus der offenkundigen Marginalisierung der kommunistischen Partei, die zwar immer noch über einen umfassenden und aktiven Apparat verfügt – teilweise durch diskrete Unterstützung der früher mit ihr verflochtenen Gewerkschaft CGT –, aber glücklich sein muss, wenn sie noch fünf bis sechs Prozent der Stimmen erhält. Bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2007 könnte ihr Kandidat oder ihre Kandidatin auf kläglich drei Prozent absinken. Aber in der Stichwahl wäre ohne diese drei Prozent der Sieg eines sozialistischen Kandidaten höchst gefährdet. Daher bleibt es für die Sozialisten weiterhin unabdingbar, auf die Kommunisten Rücksicht zu nehmen und sich mit ihnen auf ein

gemeinsames Programm zu einigen, das dann in einigen Punkten näher bei einer überholten Ideologie als bei der Realität liegen dürfte.

Der kommunistische Niedergang gab den Trotzlisten Auftrieb, weniger aus einer entsprechenden inhaltlich geprägten Überzeugung heraus denn als Protest gegen das in den Augen vieler Linkswähler eklatante Versagen der beiden traditionellen Linksparteien. Ein auch nur loses Wahlbündnis des PS mit dieser extremen Linke ist, vorerst zumindest, umso schwerer vorstellbar, als das trotzkistische Lager, das sich in den letzten Jahrzehnten jeder noch so bescheidenen Reform der eigenen Doktrin versagt hat, durch tiefes Misstrauen und starke Animositäten gegenüber den Sozialisten und innerhalb des Lagers selbst geprägt ist. Selbst schüchterne Anläufe zu einem bloßen taktischen Wahlbündnis zwischen den beiden einigermaßen repräsentativen trotzkistischen Bewegungen, Lutte ouvrière und Ligue Communiste Internationale, sind immer wieder im Sande verlaufen. Zusammen mit zwei ideologisch störenden trotzkistischen Splittergruppen verfügen sie jedoch über ein Stimmenpotenzial von 9 bis 10 Prozent. Auf dieses Potenzial kann kein sozialistischer Kandidat im zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl verzichten, wenn er seine Chance auf eine Mehrheit wahren will. Zwar rechnet der PS, unabhängig von den Parolen der Parteiführungen, mit dem Wunsch und der Ab-

* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

sicht der Trotzlisten und ihrer Sympathisanten, einen Sieg der Rechten zu verhindern und daher trotz aller ideologischen Abneigung für den sozialistischen Kandidaten beziehungsweise die sozialistische Kandidatin zu stimmen, aber um diesen Stimmenanteil abzusichern, wird der PS irgendwie auch mit seinem Wahlprogramm auf diese Klientel Rücksicht nehmen und entsprechend radikale, das heißt realitätsfremde Forderungen in sein Programm aufnehmen müssen.

Ein weiterer Störenfried innerhalb der doch auf Einigkeit angewiesenen Linken ist der ehemalige sozialistische Minister Jean-Pierre Chevènement, der seit Jahren die Rolle eines gereizten Euro-skeptikers spielt, eine eigene Bewegung gegründet hat und sich

„Es bedarf größter politischer Akrobatik, um mit Blick auf die Wähler einen gemeinsamen Nenner zu finden.“

mit seinen Vorstellungen teils links, teils rechts von der sozialistischen Hauptströmung befindet. Der PS darf ihn aber nicht einfach ignorieren. Wenn Jospin bei der Präsidentschaftswahl 2002 nicht ein paar Prozent Linksstimmen an ihn verloren hätte, wäre er statt Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl gegen Chirac gelangt.

Sich mit den Grünen zu einigen, dürfte dem PS leichter fallen. Da sie untereinander heillos zerstritten sind und ohne die Sozialisten kaum Überlebenschancen haben, wird es für ihre Anbindung genügen, einige Versprechungen zur Umweltpolitik ins Programm aufzunehmen.

Der letzte im Bunde sind die „Linken Radikalsozialisten“, die sich als bescheidenen Restbestand der ehemaligen radikalsozialistischen Partei betrachten, die in der III. Republik bis zum Zusammenbruch Frankreichs 1940 eine maßgebende Rolle gespielt hatten. (Eine zweite radikalsozialistische Splittergruppe hat sich der jetzigen Regierungskoalition angeschlossen.) Sie verfügen über einige nicht unbedeutende Machtbasen im südwestlichen Frankreich, erheben keine großen ideologischen Ansprüche und wollen vor allem überleben. Ideologisch sind sie eher liberal orientiert und haben nie mit dem colbertistischen Dirigismus und Staatsinterventionismus sympathisiert. Insoweit könnten sie eine wenn auch nur schwa-

che Bremsfunktion gegenüber einem allzu starken Ableiten der Sozialisten nach links ausüben. Es bedarf größter politischer Akrobatik, um mit Blick auf den Wähler einen gemeinsamen Nenner für die ultradoktrinären Trotzlisten und die traditionsbewusst liberalen Radikalsozialisten zu finden. Sicher ist jedenfalls, dass die Sozialisten die tragende Kraft jeder erdenklichen Linkskoalition bilden und sie die richtunggebenden Entscheidungen zu treffen haben.

Theoretisch denkbar wäre eine Koalition der Sozialisten mit der Mitte. Lange spekulierten die beiden potenziellen Präsidentschaftskandidaten

Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn auf einen Zustrom aus diesem Lager, das zwar schon lange nicht mehr parteipolitisch organisiert ist, aber sich ebenso den republikanischen wie den sozial fortschrittlichen Traditionen

verbunden fühlt. Fabius änderte plötzlich die Taktik, indem er sich für einen betonten Linkskurs entschied, um sich das Wohlwollen der Kommunisten und Trotzlisten zu sichern, während Strauss-Kahn vorläufig noch zwischen der Linken und der Mitte schwebt. Im Hintergrund hält sich François Bayrou, mehr oder weniger Erbe der christdemokratischen und politisch liberalen Tradition, die in Frankreich im Übrigen nicht identisch ist mit wirtschaftlichem Liberalismus. Er distanziert sich neuerdings immer deutlicher von seinem großen Koalitionspartner, der UMP, die sich noch mehr oder weniger auf die gaullistische Tradition beruft. Er will bindungsfrei in den Präsidentschaftswahlkampf ziehen, möglicherweise mit dem Hintergedanken, bei der Stichwahl sein Stimmenpotenzial politisch möglichst einträglich an den sozialistischen Kandidaten zu verkaufen, um dafür am Tisch einer Koalitionsregierung Platz nehmen zu können.

Zwischen den Verantwortlichen der Parteien bestehen zwar mitunter freundschaftliche Beziehungen, von einem politischen Dialog kann jedoch kaum eine Rede sein. So fehlen die politischen und die psychologischen Voraussetzungen für einen irgendwie gearteten Wahlpakt des PS mit der Mitte.

Ein weiterer schwerwiegender Faktor sind für die Sozialisten die Erfahrungen während der IV. Republik, als sie die Regierungsverantwortung mit der Mitte und einem Teil der Rechten teilten. Das Experiment endete für sie mit einem Fiasko. Sie gerieten fast in die Rolle einer politischen Splittergruppe. Zu Recht oder Unrecht glaubten sie, zu den größten politisch-ideologischen Opfern oder Zugeständnissen verurteilt gewesen zu sein und so ihre Seele, ihre politische Daseinsberechtigung verloren zu haben.

Die politische Zusammenarbeit mit dem „Klassenfeind“ oder der „Bourgeoisie“ war bereits zu Beginn des Jahrhunderts interner eifrig umstritten. Sie war im November 1900 auf einer Parteiversammlung in Lille mit 8 000 Personen das Thema einer harten und langen Auseinandersetzung zwischen dem zukünftigen Präsidenten der 1905 gegründeten sozialistischen Einheitspartei Jean Jaurès und dem marxistisch-klassenkämpferisch orientierten Jules Guesde. Anlass war die Beteiligung des Sozialisten Alexandre Millerand an einer liberalen, bürgerlichen Regierung. Jaurès sah darin die Möglichkeit zur Verbesserung der Lage der Arbeitsklasse. Guesde widersetzte sich jeder Einschränkung oder Abschwächung des Klassenkampfes, jedem Kompromiss mit der Bourgeoisie. Selbst ein Jahrhundert später haben eine Reihe dieser früheren ideologischen Einstellungen im sozialistischen Lager einen psychologisch ins Gewicht fallenden Einfluss bewahrt.

Tabu „Sozialdemokratie“, Euroskepsis

Bislang sind alle Vorstöße zugunsten einer sozialdemokratischen Umorientierung des PS im Sande verlaufen, obwohl die Partei, schon wegen der Konkurrenz der Kommunisten, nur eine sehr schwache marxistische Prägung besitzt. Die Fürsprecher einer Sozialdemokratisierung steckten regelmäßig schnell zurück, weil sie stets auf ein ziemlich deutliches, negatives Echo in der Partei stießen und nicht Anlass für eine Spaltung geben wollten. Nach offizieller Lesart verbindet sie die Sozialdemokratie, besonders in ihrer aktuellen deutschen und britischen Ausprägung, mit einem

sozialliberalen Kurs, dessen Kern die soziale Marktwirtschaft bildet. Ohne sich mit deren Grundvorstellungen ernsthaft auseinander zu setzen, erklärt man sie ideologisch-doktrinär für unvereinbar mit dem energisch gegen die Globalisierung verteidigten französischen Sozialmodell. Das Bemühen um Chancengleichheit und die Aufrechterhaltung eines möglichst soliden sozialen Schutznetzes sind in den meisten Industriestaaten über die Parteipolitik hinaus zur Regel geworden. Die Besonderheit der französischen Linken besteht darin, der Sozialpolitik gegenüber der Wirtschaftspolitik mit ihren unumgänglichen Zwängen die absolute Priorität einzuräumen. Ein Musterbeispiel ist der einseitig von der sozialistischen Regierung Jospin beschlossene Übergang zur 35-Stunden-Woche – ohne Rücksicht auf Frankreichs internationale Konkurrenzfähigkeit.

Als Vertreter einer sozialliberalen Öffnung galten lange Zeit der ehemalige Premierminister Laurent Fabius und der ehemalige Finanzminister Dominique Strauss-Kahn. Vorsichtig-pragmatisch hatte sich der Generalsekretär der Partei, François Hollande, ihnen angenähert. Hollande durfte auch mit der Sympathie einer revoltierenden Gruppe junger Parlamentarier rechnen, welche die V. Republik so schnell wie möglich durch eine VI. Republik abgelöst sehen wollte. Dann kam die Debatte um die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags mit ihren harten Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Neinsagern. Fabius opferte, fast über Nacht, seine sozialliberalen und europäischen Überzeugungen, um sich bei den europäischen Neinsagern, den Trotzisten und Kommunisten anzubiedern, in der Hoffnung, auf ihre Unterstützung im Präsidentschaftswahlkampf 2007 zählen zu können. Diesen antieuropäischen Kräften schlossen sich auch die Befürworter einer VI. Republik an. So endete der letzte Parteitag des PS Ende November in Le Mans zwar mit einem Bekenntnis zur Einheit der Partei, aber Parteimitglieder und Öffentlichkeit blieben sich der vorhandenen und weiterhin drohenden inneren Zerrissenheit der sozialistischen Partei bewusst.

Diese europapolitische Zerrissenheit ist für die Partei kein Novum. Es fiel den Sozialisten immer schon schwer, sich einmütig mit einer europäi-

schen Integrationspolitik zu identifizieren. Der Schuman-Plan für Kohle und Stahl stieß in ihrem Lager auf allerlei Skepsis und wurde von der sozialistischen Parlamentsfraktion nicht geschlossen ratifiziert. Noch deutlicheren Widerstand löste die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft im rechten Flügel der Partei aus. Der linke Flügel der Partei, heute verkörpert durch die ideologisch-doktrinären Henri Emmanuelli und Jean-Claude Mélenchon, war nie besonders europabegeistert. Nicht zuletzt wollte dieser Flügel die Brücke zur äußersten Linken, die grundsätzlich antieuropäisch eingestellt war, nicht allzu sehr belasten. Die Tatsache schließlich, dass man zusammen mit Sozialdemokraten in Brüssel den linken Flügel der EU bilden musste, empfand man bei den linken Sozialisten immer als geradezu deprimierend. Im sozialistischen Lager insgesamt herrscht darüber hinaus seit einiger Zeit ein tiefes Unbehagen angesichts der Erkenntnis, dass man sich mit der Ablehnung eines sozialliberalen Kurses, der ständigen Betonung des besonderen französischen Sozialmodells und zahlreicher „französischer Ausnahmen“ innerhalb der europäischen Linken vollkommen isoliert hat.

Welches Wahlprogramm für 2007?

Die Vielfalt der Tendenzen und Interessen erschweren den Sozialisten die Ausarbeitung eines einigermaßen realistischen und damit glaubwürdigen Programms ganz erheblich. Dabei ist der kommende Präsidentschaftswahlkampf für sie von geradezu schicksalhafter Bedeutung. Eine Wiederholung des Fiaskos von 2002 würde wahrscheinlich zu einer Zersplitterung und damit zur völligen politischen Einflusslosigkeit führen. Die auf dem jüngsten Parteitag in Le Mans skizzierten Zukunftsziele sind völlig unrealistisch. Man gibt vor, fast alle der von der jetzigen Mehrheit seit 2002 ergriffenen Maßnahmen unverzüglich rückgängig machen zu können. Und im unbekümmerten europäischen Alleingang fordert man mehr Staat und weniger Bewegungsfreiheit für die Wirtschaft. Niemand kann ernstlich glauben, dass sich diese dem Schein der Einheit in der Partei geschuldete Skizze in ein glaubwürdiges Wahlpro-

gramm umsetzen lassen. Das aber benötigen die Sozialisten, um die ausschlaggebenden Wechselwähler von sich überzeugen zu können.

Um einen gemeinsamen Nenner für ein überzeugendes Programm zu finden, sind die Gegensätze innerhalb der sozialistischen Partei derzeit noch viel zu groß, von den persönlichen Rivalitäten und Animositäten ganz abgesehen. Ein entscheidender Schritt hin zu einer besseren Zukunft ist daher nicht von einem umfassenden Programm, sondern von der Einigung auf einen Einheitskandidaten zu erwarten, der in der Stichwahl die gesamte Linke vertreten könnte. Ohne die Überwindung oder Neutralisierung der persönlichen Ambitionen, ohne die Bereitschaft aller Strömungen und Tendenzen, sich hinter einen einzigen Bannerträger des französischen Sozialismus zu scharen, dürften die Sozialisten, wie schon 2002, erneut vom rechtsradikalen Le Pen überflügelt werden. Derzeit sieht jedoch alles danach aus, dass im linken Lager neben den Kommunisten selbst die beiden trotzkistischen Parteien getrennt in den Wahlkampf ziehen wollen, möglicherweise auch der linke Einsiedler und ehemalige sozialistische Minister Jean-Pierre Chevènement. Selbst die in Frankreich betont linken Grünen lockt der Alleingang im ersten Wahlgang.

Sollten die Sozialisten in die Stichwahl kommen, müssen sie einen Kandidaten haben, der weder die Wähler der äußersten Linken vor den Kopf stößt, noch ein rotes Tuch ist für die Wechselwähler der Mitte, die aus verschiedenen Gründen zögern könnten, einem Mitte-rechts-Kandidaten ihre Stimme zu geben. Der ehemalige Premierminister Fabius hat seine Chance verspielt. Seit seiner taktisch bedingten Kehrtwendung vom europäisch orientierten Sozialliberalen zum anti-europäischen Linksozialisten besitzt er kein Vertrauenskapital mehr, weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. Sein bisheriger Gegenspieler Strauss-Kahn ist zwar seiner realistischen Linie treu geblieben, er stößt aber bei den Gruppierungen am linken Rand auf zu starke Abneigung, um auf deren Wählerpotenzial in der Stichwahl bauen zu können. Von den beiden Exponenten des linken Flügels, Emmanuelli und Mélenchon, ist nicht einmal spekulativ die Rede. Bleiben zwei Personen, die sich doktrinär nie festgelegt haben

und unbestreitbar auch in der breiten Öffentlichkeit über ein Sympathiekapital verfügen: der langjährige ehemalige Minister Jacques Lang und die Lebensgefährtin des sozialistischen Generalsekretärs François Hollande, Ségolène Royal. Nach ihrer eigenen Meinung ist der Augenblick günstig für eine Frau, Mutter von vier Kindern, nicht ohne Charme und mit langjähriger – zumindest innerpolitischer – Erfahrung. Damit trifft sie zumindest die Einschätzung der Medien. Im November 2006 soll die Entscheidung fallen. Inzwischen können sich die Sozialisten damit trösten, dass der Weg zur Einheit in der Partei auf der

Rechten nicht weniger steinig ist als im linken Lager Frankreichs.

Im Hintergrund bleibt die Unbekannte Lionel Jospin. Sein ziemlich kleiner politischer Freundeskreis drängt den ehemaligen Premierminister zur Präsidentschaftskandidatur. Er zögert offensichtlich, denn er will nicht erneut, wie bei der Wahl 2002, kläglich scheitern. Nur als letzter Retter einer vor dem drohenden Schiffbruch stehenden Linken würde er möglicherweise das Wagnis eingehen. Dieser Augenblick ist vorläufig nicht gekommen.